

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönshoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Rückgabe halber Preis 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungstermin für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 25. August 1931

Int. Institut für
Soz. Geschichte
Amsterdam

Die englische Wirtschaftskrise.

SPD. Die englische Kabinettskrise wurzelt in finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die selbstverständlich die sozialen Spannungen vergrößern mussten.

In den Frühjahrsmonaten 1931 erfuhr die englische Arbeitslosigkeit einen vorübergehenden Stillstand. Aber schon bald darauf trat eine wesentliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ein. Das erklärt sich durch den rückläufigen Export nach den überseeischen Gebieten, wo sich die gefallenen Rohstoffpreise auswirken, aber auch durch die Zuspitzung der Krise in Europa, besonders in Deutschland. Der englische Export ging im ersten Halbjahr 1931 gegenüber dem schon tiefen Stand des ersten Halbjahres 1930 um mehr als 2 Milliarden Mark zurück. Die Zahl der Arbeitslosen stieg bis auf 2,7 Millionen an. Sie liegt gegenwärtig um 700 000 höher als im Vorjahr. Etwa 23 Prozent aller versicherten Arbeitnehmer sind zur Zeit arbeitslos. Der Produktions- und Ausfuhrückgang und die wachsende Arbeitslosigkeit mussten naturgemäss auch die sorgfältigsten Budgetansätze über den Haufen werfen. Die Deckung des durch Steuerausfälle und zunehmende Zuschüsse für die Arbeitslosenversicherung entstandenen Defizits wurde um so dringlicher, als auch die englische Bankwelt mit in den Strudel der internationalen Kreditkrise hineingezogen wurde. Die englischen Banken arbeiten noch in weit höherem Umfange als die deutschen mit kurzfristigen ausländischen, insbesondere französischen Krediten. Die gesamten kurzfristigen Auslandskredite der englischen Banken werden auf 11,2 Milliarden Mark beziffert. Die Bankenkrise in Deutschland und anderen mitteleuropäischen Ländern, erhebliche Einbussen bei den Zinseingängen aus den überseeischen Kapitalanlagen, ferner eine gewisse Kapitalfluchtbewegung, die sich in England mit seinem hohen inländischen Steuerdruck auch neuerdings geltend macht, und Kreditabziehungen hatten die Lage der englischen Notenbank so verschärft, dass Anfang August bereits ein Rediskontkredit von einer Milliarde Mark bei der amerikanischen und französischen Notenbank in Anspruch genommen werden musste. Aber auch mit diesem Kredit konnte ein Fortgang der Abflüsse nicht verhindert und eine volle Stabilität des Pfundkurses nicht erreicht werden.

In dieser gefährlichen Wirtschafts- und Finanzsituation ist naturgemäss durch die Bankwelt und die englischen Unternehmer auf die Regierung der stärkste Druck ausgeübt worden, sofort einschneidende Sanierungsmassnahmen zu treffen. Man kann sich in der Tat der Meinung nicht verschliessen, dass angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage Englands schleunige Notmassnahmen erforderlich waren. Um die Art und die soziale Verteilung dieser Sanierungsmassnahmen ist der Konflikt ausgebrochen.

Das englische Etatdefizit, das nach den Schätzungen der zur Prüfung eingesetzten May-Kommission auf fast 2½ Milliarden Mark beziffert wurde, ist in erster Linie auf den Fehlbetrag des Arbeitslosenfonds zurückzuführen. Die englische Arbeitslosenversicherung unterscheidet sich grundlegend in ihrer Konstruktion und in ihrer Beitragsaufbringung und Leistung von der deutschen. Die

normalen Beiträge betragen etwa 1,90 Mark pro Woche für den erwachsenen Arbeiter und verteilen sich zu etwa je 1/3 auf Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat. Dieser geringe, seit 1924 unverändert gebliebene Beitragssatz von nur etwa 3½ Prozent des Lohnes (einschliesslich des Staatszuschusses) reichte naturgemäss für die Unterstützungen des Millionenheeres der Arbeitslosen bei weitem nicht aus. Insgesamt mussten daher Darlehen für den Arbeitslosenfonds in Höhe von mehr als 2 1/4 Milliarden Mark bewilligt werden. Gegenwärtig rechnet man, dass das Schatzamt allwöchentlich etwa 20 Millionen ausserordentliche Zuschüsse gewähren muss.

Wie die Beitragssätze so sind auch die Unterstützungssätze der englischen Arbeitslosenversicherung als feste, von der Lohnhöhe unabhängige Beträge festgesetzt. Sie betragen für den ledigen Arbeiter 17 Mark pro Woche, für einen Arbeiter mit Frau und zwei Kindern 30 Mark pro Woche. Die Unterstützungsdauer ist zur Zeit unbegrenzt, sodass, im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen, nur ein sehr geringer Teil der Arbeitslosen der kommunalen Wohlfahrtsunterstützung zur Last fällt. Die von der Regierung eingesetzte Arbeitslosenkommision hatte eine relativ geringe Erhöhung der Beitragssätze, dagegen aber eine empfindliche, etwa 10 prozentige Kürzung der Unterstützungssätze vorgeschlagen, wogegen die Gewerkschaften scharf protestierten. Der May-Ausschuss sah ferner mehrere andere Verschlechterungen in der Arbeitslosenunterstützung vor. Auch sie wurden von den englischen Gewerkschaften abgelehnt. Die gewerkschaftlichen Organisationen machten aber zugleich Gegenvorschläge zur Deckung des Defizits. Sie empfehlen u.a. die Einführung einer Kapitalertragsteuer und Sonderzuschläge zur Einkommensteuer. Auch der Einführung eines generellen Finanzzolles steht man innerhalb der englischen Gewerkschaften heute weniger ablehnend als früher gegenüber. Nicht zuletzt ist die ablehnende Haltung der englischen Gewerkschaften von der von dem englischen Unternehmertum geplanten Lohnabbauoffensive bestimmt worden.

Es finden sich also auffällige Parallelen zwischen Deutschland und England in den Krisenauswirkungen auf die Staatsfinanzen, die Sozialpolitik, die sozialen Kämpfe und ähnliche Leiden, die die kapitalistische Weltkrise heraufbeschworen hat. In Deutschland ist die organisierte Arbeiterschaft in ihrem Abwehrkampf gegen die sozialen Verschlechterungen nicht nur dem brutalen Klassenkampf der Unternehmer ausgesetzt. Sie ist zugleich von der Gefahr des Faschismus bedroht und durch die kommunistische Zersetzungsarbeit in ihrer vollen Stosskraft beeinträchtigt. Da diese Gefahren und Beeinträchtigungen der Arbeiterschaft in England nicht gegeben sind, das englische Volk und alle Parteien auf dem Boden der Demokratie stehen und auch die politischen und sozialen Kämpfe nicht mit blindem Hass und Vernichtungswillen geführt werden, bleibt die englische Arbeiterschaft trotz der Krisennot in ihren Entschlüssen freier und beweglicher als es zur Zeit bei der deutschen Arbeiterschaft der Fall ist.

SPD. Itzehoe, 25. August (Eig. Drahtb.)

Die Zeitung der Bombenleger "Das Landvolk" steht unmittelbar vor dem Ende ihres Erscheinens. Die Gesellschafter des Unternehmens haben beschlossen, den Verlag aufzulösen und am Mittwoch den Konkurs anzumelden. Der bisherige Herausgeber des Blattes beabsichtigt, aus der Tageszeitung eine Wochenzeitschrift zu machen, wobei allerdings Voraussetzung ist, dass er genügend Anhänger findet, die das neue Unternehmen finanzieren. Bisher sind alle Sanierungsversuche daran gescheitert, dass der allergrösste Teil der Einnahmen und sonstige Einnahmen in die Hände des Rechtsanwalts Luetgebrune wanderten, dessen Forderungen für die Verteidigung in dem Bomben-Prozess auch heute noch nicht restlos gedeckt sind.

SPD. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei, der am Montag in Berlin versammelt war und sich mit der politischen Lage nach dem Volksentscheid beschäftigte, beauftragte den volksparteilichen Führer Dingeldey, dem Reichskanzler in den nächsten Tagen bestimmte Wünsche vorzutragen.

Der Vorstand beschäftigte sich u.a. auch mit dem Verhalten gewisser Mitglieder, die öffentlich gegen den Volksentscheid Stellung genommen haben. Der "Fall Kahl" soll beigelegt sein, der "Fall Mittelmann" nicht. Wie es heisst, beabsichtigt man über Mittelmann ein Scherbengericht zu veranstalten.

SPD. Genf, 25. August (Eig. Drahtb.)

In der Reihe der Mitteilungen über den Stand der Rüstungen in den einzelnen Ländern ist jetzt auch die Englands erschienen. Sie enthält zwar sehr genaue Angaben, berichtet aber nur über die ihr unmittelbar unterstehenden Streitkräfte. Danach beträgt die Zahl der englischen Landtruppen 114 745 Mann und 7 861 Offiziere, ausserhalb Englands 19 777 Mann und 1 532 Offiziere. Militärisch organisierte Formationen oder obligatorisch ausgebildete Jugendliche fehlen in allen Waffengattungen und Territorien. Nach dem gleichen Verfahren ergeben sich für die Flotte insgesamt 96 042 Mann und 8 390 Offiziere, für die Luftflotte 30 118 Personen. Die Gesamttonnage der Kriegsflotte wird mit 1 250 247 to plus 42 190 to für Hilfsschiffe angegeben. Darunter befinden sich 18 Linienschiffe mit 555 050 to, 6 Flugzeugmutterschiffe mit 115 350 to, 53 Kreuzer mit 334 351 to, 164 Zerstörer mit 184 370 to und 64 U-Boote mit 61 126 to. Die Ausgaben für Heer und Flotten beziffern sich auf 108 553 924 Pfund Sterling oder 2,2 Milliarden Reichsmark.

SPD. Das Reichsjustizministerium hat am Dienstag den Entwurf einer neuen Zivilprozessordnung bekanntgegeben.

Der Entwurf trägt neueren Bestrebungen der juristischen Fachwelt in verschiedener Hinsicht Rechnung, so z.B., indem er die Passivität des Zivilrichters aufheben und ihn zur Mitarbeit mit den Prozessparteien, nicht zu ihrer Bevormundung, bringen will. Das Güteverfahren soll nicht mehr nur ein Vorverfahren, sondern ein Teil des Hauptverfahrens sein, etwa nach dem Vorbild des arbeitsgerichtlichen Verfahrens. Der Entwurf will auch Wiederholungen durch Angabe gleicher Gründe in der Berufungsinstanz ausschalten. Die Berufung soll, sofern sie nicht neue Tatsachen beizubringen vermag, sofort angeben aus welchen Gründen das Urteil angefochten wird. Auf diese Weise will man rein formale Berufungsbegründungen beseitigen. Die Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme vor dem Kollegialgericht wird erweitert, die mündliche Zeugenvernehmung soll die Regel werden, auch vor dem Einzelrichter. Dieser aber soll Angaben nicht gestatten, deren richtige Würdigung die Anwesenheit der Zeugen und ihre mündliche Vernehmung erfordert. Man hofft, die hierdurch anfänglich entstehende Mehrarbeit der Gerichte durch eine bessere Ermittlung der Wahrheit und dadurch die Ersparung wiederholter Vernehmungen wett machen zu können. Durch Vorschriften, nach denen das Beweismaterial vorher schriftlich bezeichnet werden muss, sollen Vertagungen möglichst vermieden werden. Entsprechend dem oft geäusserten Verlangen der Juristen und auch des Reichstages wird der Zwang des Richters zur Vereidigung der Zeugen stark gemildert.

Die meisten grundsätzlichen Änderungen erfahren die Vorschriften über die Zwangsvollstreckung. Vor allem sollen die Vollstreckungsbehörden vereinfacht werden. Der Entwurf macht ferner einen Unterschied zwischen dem gutwilligen und dem böswilligen Schuldner. Bei dem gutwilligen Schuldner gibt er dem Gericht die Möglichkeit, Stundungsmassregeln anzuordnen. Auch liegt ein wichtiger Schuldnerschutz in der Möglichkeit eines Beschwerdeverfahrens, das bis zum Reichsgericht verfolgt werden kann. Dagegen bietet der Gläubiger-

schutz die Möglichkeit, auf den Arbeitsverdienst zurückzugreifen, auch wenn er beispielsweise der Ehefrau versprochen worden ist.

Der Entwurf zeigt alles in allem das deutliche Bestreben, den bisherigen Rechtszustand den Bedürfnissen der Neuzeit anzupassen und vor allem für die Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren zu sorgen.

SPD. Meiningen, 25. August (Eig. Drahtb.)

Vor dem Schöffengericht Meiningen wurde am Dienstag der nationalsozialistische Studienrat Hille aus Hildburghausen als gemeiner Verleumder entlarvt.

Hille hatte den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Crispien und Dittmann in einer Versammlung in Gleichamberg am 10. Juni 1930 vorgeworfen, dass sie während des Weltkrieges in enger Beziehung zu französischen Offizierspionen gestanden hatten. In dem Naziblatt "Kreisbeobachter für die Kreise Sonneberg und Hildburghausen" hatte Hille noch am 1. August 1931 in starken Tönen geprahlt: "Endlich kommt der Haupttag, nachdem monatelang schon die roten Blätter meine Kapitulation vor den roten Führern ihren Schäflein vorgeschwatzt haben". Am Dienstag war Hille, der unter dem Beistand seines Parteifreundes, Rechtsanwalt Frank II-München erschienen war, merkwürdig kleinlaut und erklärte sich auf die erste Frage des Vorsitzenden, ob ein Vergleich möglich sei, ohne weiteres zur Abgabe einer Ehrenerklärung bereit. Die Abgeordneten Crispian und Dittmann entschlossen sich, aus Mitleid mit Hille, der schwer kriegsverletzt ist (verschüttet), auf Bestrafung Verzicht zu leisten. Hille gab dann folgende Erklärung ab:

"Es wird mir zur Last gelegt, in einer Versammlung in Gleichamberg am 10.6.30 den Abgeordneten Crispian und Dittmann nachgesagt zu haben, dass sie mit französischen Offizierspionen in naher Beziehung gestanden haben. Ich muss zugeben, dass ich für die Beleidigung keinerlei Anhalt habe und nehme sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück."

Hille verpflichtet sich weiter, diese Erklärung binnen zwei Wochen im "Hildburghäuser Kreisblatt" und der "Dorfzeitung" zu veröffentlichen. Er versprach ferner auch die wörtliche Bekanntgabe seiner Erklärung in dem nationalsozialistischen "Kreisbeobachter für Sonneberg und Hildburghausen". Ausserdem übernahm er sämtliche Kosten des Verfahrens, einschliesslich derjenigen der Nebenkläger und ihres Anwalts.

SPD. Der Entschluss MacDonalds, Snowdens und einiger anderer Mitglieder der englischen Arbeiterpartei, mit den beiden bürgerlichen Fraktionen ein Kabinett zu bilden, das sein Sparprogramm gegen die eigene Partei durchführen will, steht in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung wohl einzig da. Nach den unter Sozialdemokraten des europäischen Kontinents herrschenden Begriffen von Disziplin würden sich diese Männer damit geradezu automatisch ausserhalb der Partei gestellt haben. Nun sind die entsprechenden Begriffe in England seit jeher viel weniger streng. Auch in der Labour-Party hat man bisher eine sehr weitgehende Toleranz geübt - vor allem gegenüber dem radikalen Flügel der Unabhängigen Arbeiterpartei - und Dinge geschehen lassen, die in allen anderen sozialistischen Parteien der Welt als Disziplinbrüche schwerster Art beurteilt und geahndet worden wären.

Aber selbst bei den in Grossbritannien herrschenden, viel lockeren Auffassungen über das zulässige Mass von politischer Bewegungsfreiheit des Einzelnen scheint doch das Vorgehen MacDonalds und seiner engeren Freunde starke Bestürzung, zum Teil sogar Empörung hervorgerufen zu haben. MacDonalld war immerhin der erste politische Führer der Partei, als solcher war ihm das Amt des Premierministers zugefallen. Diese Eigenschaft, die ihm höchste Ehren ein-

brachte, legte ihm zugleich besondere Pflichten gerade gegenüber der Partei auf. Für die Labour-Party ist es nun ein höchst bedenklicher Zustand, dass sie eine Regierung wird bekämpfen müssen, an deren Spitze ihr bisheriger Führer stand und der auch noch weitere prominente Persönlichkeiten aus den eigenen Reihen angehören. Kommt es, wie allgemein erwartet wird, zu baldigen Neuwahlen, dann befindet sich die Labour-Party von vornherein in einer taktisch äusserst ungünstigen Situation, weil Konservative und Liberale im Wahlkampf leichtes Spiel haben werden. Sie werden immer wieder darauf hinweisen, dass die Labour-Party und die Gewerkschaften eine Politik angreifen, die von ihren bisherigen eigenen Führern verantwortet worden sei.

Bezeichnend ist, dass Arthur Henderson als Aussenminister sein Amt, das er so erfolgreich geleitet hat, ohne Zögern niedergelegt hat, um sich an die Spitze der Opposition gegen die neue Regierung zu stellen. Es bleibe dabei dahingestellt, ob er in der Sache den Sparvorschlägen MacDonalds und Snowdens so grundsätzlich ablehnend gegenüberstand wie manche Gewerkschaftsführer. Aber als langjähriger Generalsekretär der Labour-Party hat er die ungeheure Gefahr sofort erkannt, die der Partei drohte. Der Zusammenhalt zwischen Partei und Gewerkschaften, die Einheit der britischen Arbeiterbewegung erschien ihm sofort mit Recht als das Wichtigste. Sein Beispiel dürfte für die übergrosse Mehrheit der Abgeordneten und der Mitglieder entscheidend gewesen sein. Kein Zweifel ist mehr möglich, dass auf der am Mittwoch stattfindenden Tagung des Parteiausschusses der Labour-Party ebenso wie Anfang September, wenn das Unterhaus zusammentritt, in der ersten Sitzung der Parlamentsfraktion nur eine kleine Minderheit MacDonalld und Snowden Gefolgschaft leisten wird.

Kein Wunder, dass man unter diesen Umständen sogar schon davon spricht, dass die verbleibenden Minister, sowie die Abgeordneten, die sie im Gegensatz zum Gros der Partei unterstützen wollen, ausgeschlossen werden sollen. Im Interesse des englischen wie des gesamten internationalen Sozialismus wollen wir hoffen, dass sich diese extreme Massnahme vermeiden lassen wird. Die vornehmeren Formen, in denen sich in England der politische Kampf abzuspielen pflegt, gestatten die Erwartung, dass der gegenwärtige Bruch keine persönlichen Feindschaften und Gehässigkeiten innerhalb der Führerschaft nach sich ziehen wird. Das neue Experiment MacDonalds soll sowieso nur von kurzer Dauer sein. Er und Snowden handeln zweifellos falsch, aber nach bester Ueberzeugung, sie glauben, im Interesse der ganzen Nation diesen Weg gehen zu müssen, sie fühlen den Druck der internationalen Hochfinanz, vor allem des sozialreaktionären amerikanischen Grosskapitals, das seine Hilfe für die englische Währung an brutale Bedingungen knüpft. Möge daher am Schluss dieser Episode die Einheit der Labour Party wiederhergestellt sein! Denn zuviel hängt für die Arbeiterklasse Grossbritanniens und der ganzen Welt davon ab, dass gerade in den kommenden Zeiten der Not und der Kämpfe ein starker, geschlossener Block von Partei und Gewerkschaften dem Kapitalismus und Imperialismus entgegentritt.

SPD. Warschau, 25. August (Eig. Drahtb.)

Der Magistrat der Stadt Warschau hat einen 15 prozentigen Abbau der Gehälter seiner Beamten und Angestellten beschlossen. Jetzt drohen die Beamten und Angestellten, am 31. August geschlossen in den Streik zu treten, falls der Abbaubeschluss nicht bis zum 27. August rückgängig gemacht wird. Vorläufig zeigt sich der Magistrat völlig unnachgiebig.

SPD. Die vor einigen Tagen angekündigte Notverordnung des Reichspräsidenten, die den Landesregierungen eine Ermächtigung zum Erlass eigener Notverordnungen erteilt, ist am Mittwoch veröffentlicht worden. Sie hat folgenden Wortlaut:

"Auf Grund des Artikels 48 Abs.2 der Reichsverfassung wird verordnet:

1. Die Landesregierungen sind ermächtigt, alle Massnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) erforderlich sind, im Verordnungswege vorzuschreiben. Sie können dabei von dem bestehenden Landesrecht abweichen.

2. Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, dass und in welcher Weise die Personalausgaben und andere Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) herabgesetzt werden. Verpflichtungen aus Verträgen bleiben unberührt, soweit es sich nicht um Personalausgaben handelt."

SPD. Warschau, 25. August (Eig. Drahtb.)

Die Nachricht von dem polnischen Vorschlage eines Nichtangriffspaktes zwischen Russland und Polen hat in Warschau ein lebhaftes Echo ausgelöst. Es herrscht vorläufig jedoch noch Unklarheit darüber, inwieweit Polen in seinem Projekt die Balkanstaaten und vor allem seinen Verbündeten Rumänien berücksichtigt hat. Im Jahre 1926 hat Polen der Sowjetregierung einen ähnlichen Vorschlag wie jetzt gemacht. Damals forderte Polen die Einbeziehung Rumäniens. Der Vorschlag scheiterte, weil Russland die polnische Forderung ablehnte. Russland befindet sich mit Rumänien wegen Bessarabien seit Jahren in latentem Kriegszustand.

Von sowjetrussischer diplomatischer Seite wird unter Bezugnahme auf den polnischen Vorschlag vor allem unterstrichen, dass es sich im Augenblick lediglich um einen Vorschlag handle, der bisher noch nicht zu Verhandlungen geführt habe und dem vorläufig keine grössere Bedeutung beigemessen werden könne

SPD. London, 25. August (Eig. Drahtb.)

Die Nanking-Regierung hat am Montag den deutschen Dampfer "R.C. Rickmers" mit einer Waffenladung im Werte von mehr als 4 Millionen Mark beschlagnahmen lassen. Die Ladung bestand aus zwei Flugzeugen, 600 Maschinengewehren und einer grossen Menge Munition. Anlässlich dieser Waffensendung und in Anbetracht der Vermutung der Nanking-Regierung, dass Deutschland der Kanton-Regierung nicht nur Waffen sondern auch militärische Führer zur Verfügung stellt, hat Nanking den Boycott sämtlicher deutschen Waren beschlossen.

+ + +

Das Auswärtige Amt äussert sich zu dem Beschluss der Nanking-Regierung dahin, dass die Reichsregierung Unternehmungen deutscher Firmen gegen Nanking oder Kanton keinerlei Schutz zuteil werden lasse. Allerdings bestehe keine gesetzliche Möglichkeit, gegen die Durchfuhr im Ausland hergestellter Kriegsmaterialien durch Deutschland und seine Weitersendung ins Ausland vorzugehen. Ein Gesetz gegen solche Waffenlieferungen nach China sei 1928 vom Reichstag beschlossen worden. Aber es sei am 1. Mai 1929 abgelaufen und nicht erneuert worden. Die Verhältnisse in China waren im Mai 1929 vollkommen konsolidiert gewesen. Ganz China habe seinerzeit anscheinend unter der Schanghai-Regierung gestanden. Auch andere europäische Regierungen hätten deshalb die Ausfuhrverbote von Waffen nach China nicht aufrecht erhalten. Die einzige Möglichkeit, den deutschen Handel vor nachteiligen Folgen zu bewahren, bestehe in der gegenseitigen Verpflichtung der deutschen Firmen und Reedereien, den Waffenhandel nach China unter allen Umständen zu unterlassen.

SPD. Die Ermordung der zwei Polizeioffiziere am Bülowplatz in Berlin ist jetzt, wie von polizeilicher Seite mitgeteilt wird, restlos geklärt. Nähere Nachrichten werden deshalb zurückgehalten, weil die Polizei erst den 99prozentigen Schuldnachweis geführt hat und durch vorzeitige Veröffentlichungen nicht das Endergebnis der Untersuchung gefährden will. Von den in der Angelegenheit Verhafteten steht bei fünf Personen zweifellos fest, dass sie am Bülowplatz geschossen haben.

Entgegen anderen Meldungen ist bei der Durchsuchung des Karl-Liebknecht-hauses, dem Sitz der KPD-Zentrale, keine Adressen-Kartothek aufgefunden worden. Gefunden wurden Zersetzungsschriften, ferner Beweise dafür, dass die bekannten Betriebs- und Hauszeitungen der Kommunisten im Karl-Liebknecht-Haus hergestellt worden sind. Ein besonders merkwürdiger Fund betrifft eine Sammlung von Aufrufen, die historischen Charakter hat. Es sind Aufrufe aus der Zeit von 1848 bis heute. Man nimmt an, dass diese Sammlung auf unrechtmässige Weise in den Besitz des Liebknecht-hauses gekommen ist, da alle Stempel sorgfältig herausgeschnitten sind.

SPD. Duisburg, 25. August (Eig. Drahtb.)

Die von kommunistischer Seite im Ruhrgebiet unter den Gemeinde- und Staat arbeitern betriebene Streikpropaganda hat in Alt-Duisburg zu einem Teilstreik geführt. Von den 450 Mann der Belegschaft des Fuhrparkts traten 90 am Dienstag morgen in den Streik und zwar zum Teil unter dem Terror der kommunistischen Agitatoren. In den anderen Stadtteilen Duisburgs ist die kommunistische Propaganda erfolglos geblieben. Versuche der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, auch die Düsseldorfer Gemeindearbeiter zum Streik zu bewegen, waren erfolglos.

In Essen gelang es den Kommunisten am Dienstag, einen Teil der Belegschaft des Gas- und Wasserwerks zum Streik zu veranlassen. Von 500 Arbeitern legten 300 die Arbeit nieder.

SPD. Stuttgart, 25. August (Eig. Drahtb.)

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hielt am Dienstag in Stuttgart eine mehrstündige Sitzung ab. An der Tagung nahmen Vertreter der Zentrumsparlei von Württemberg, Baden, Hessen und der Pfalz sowie der geschäftsführende Vorstand der Zentrumsparlei teil. Ueber die vertraulich geführten Verhandlungen wurde abends folgende parteiamtliche Mitteilung herausgegeben:

"Reichskanzler Dr. Brüning und die Reichsminister Dr. Stegerwald und Dr. Wirth berichteten über die gegenwärtige Lage. Die Versammelten nahmen die Berichte in vertrauensvoller Stimmung entgegen. Es ergab sich volle Einmütigkeit sowohl in der Auffassung der Sachlage als auch der besonderen Aufgaben, die gelöst werden müssen, um die Schwierigkeiten des kommenden Winters zu überwinden. Besondere Beachtung fanden die Fragen, die mit der in Fluss geratenen Reparationsdebatte zusammenhängen, Umfang und Methoden von Sparmassnahmen in Ländern und Gemeinden sowie die Kürzung der hohen Pensionen. In letzter Frage wird von der Reichsregierung eine beschleunigte Aktion erwartet. Am Spätnachmittag trat die Zentrumsfraktion des Reichstages zu einer Sondersitzung zusammen, die sich mit internen Fraktionsfragen befasste."

Dazu erfahren wir: Der Reichskanzler hielt während der Sitzung eine ausführliche Rede, in der er alle schwebenden politischen und wirtschaftspolitischen Fragen berührte. Irgend eine Veränderung der Regierungskoalition im Reich beabsichtigt Brüning nicht. Die Reichsreformprojekte bezeichnete er als zur Zeit nicht so dringlich wie die schwierigen wirtschafts- und finanzpolitischen Aufgaben. Auf keinen Fall werde die Reichsreform auf dem Wege

der Notverordnung gelöst. Die Aufsicht über die Banken müsse streng gehandhabt werden, Man werde den Banken jedoch die Verantwortung für ihre Geschäftsführung nicht abnehmen. Die Häufung von Aufsichtsratsposten bei einzelnen Personen werde auf die Dauer auf keinen Fall bestehen bleiben können.

Zusammenfassend erklärte der Reichskanzler, dass er nicht optimistisch gestimmt sei, aber hoffe, dass das deutsche Volk in dem schweren Winter, der ihm bevorstehe, die Nerven nicht verlieren werde.

SPD. London, 25. August (Eig. Drahtb.)

MacDonald hat am Dienstag-Abend dem König die Ministerliste der neuen Regierung vorgelegt. Das Kabinett besteht aus zehn Mitgliedern, und zwar: Ministerpräsident MacDonald, Lordpräsident des Rates (Minister ohne Portefeuille) Baldwin, Schatzkanzler Snowden, Lordkanzler Lord Sankey, Sicherheitsminister Sir Herbert Samuel, Aussenminister Lord Reading, Indienminister Sir Samuel Hoare, Dominien und Kolonien Thomas, Innenminister Neville Chamberlain, Handelsamt Sir Philip Cunliffe-Lister. Die übrigen Ressorts sind ausserhalb des Kabinetts neu besetzt worden. Sir Austen Chamberlain hat die Verwaltung des Marineministeriums, Lord Amulree die des Luftministeriums übernommen. Die Besetzung des Kriegs- und des Landwirtschaftsministeriums wird später bekanntgegeben werden.

Die Herabsetzung der Zahl der Kabinettsmitglieder von 21 auf 10 erfolgte zur Erhöhung der Arbeits- und Beschlussfähigkeit des Kabinetts. Politische Fragen allgemeiner Natur will das Kabinett möglichst aus seinem Arbeitsbereich ausschalten. Seine Aufgabe sieht es ausschliesslich in der schnellen Balancierung des Etats. Ist dieses Ziel erreicht, dann tritt die Regierung zurück.

Die Labour-Party wird am Mittwoch ihre Stellung zu dem neuen Kabinett festlegen. Das soll in getrennten und gemeinsamen Beratungen der Parteileitung und der Parlamentsfraktion geschehen. Der Kampf geht um die Erhaltung der Parteeinheit. MacDonald wird den Vorsitz niederlegen. An seine Stelle wird Henderson treten. Die Unabhängige Arbeiterpartei hat bereits am Dienstag eine scharfe Entschliessung gegen die Politik MacDonalds angenommen.

SPD. Deutschnationale, Nazis und Kommunisten haben sich wieder einmal zusammengefunden. Sie fordern neuerdings gemeinsam die Einberufung des Landtags. Die einen um die angeblich bevorstehende Zerschlagung Preussens zu verhindern, die anderen um von der Tribüne des Parlaments mit den Feinden des werktätigen Volkes in Stadt und Land abzurechnen. Ob man darunter auch die kommunistischen Polizei-Mörder versteht?

Der Ältestenrat des Landtags wird zu dem Antrag der faschistisch-kommunistischen Front wahrscheinlich Mitte der nächsten Woche Stellung nehmen. An sich muss der Präsident des Landtags das Parlament einberufen wenn die Regierung oder mindestens 90 Abgeordnete eine derartige Forderung stellen. Diese ziffernmässige Voraussetzung der Einberufung des Landtags wird von der faschistisch-kommunistischen Einheitsfront erfüllt. Andererseits aber sagt Artikel 17 der Verfassung, dass der Landtag den Schluss der Tagung und den Tag des Wiederzusammentritts bestimmt. Dieser Bestimmung hat der Landtag durch Vertagung bis zum 13. Oktober entsprochen, sodass das Antragsrecht des Fünftels der Abgeordneten u.E. im Augenblick keine Geltung hat und der Landtag nicht einberufen werden braucht, weil die faschistisch-kommunistische Front das Bedürfnis nach neuem Klamauk hat.

In der Reichsverfassung ist hinsichtlich des Reichstags eine ähnliche Bestimmung enthalten wie in der Preussischen Verfassung über den Preussischen Landtag. Als eine oppositionelle Minderheit im Reich vor Monaten die Einbe-

rufung des Reichstags forderte, hat die Mehrheit des Ältestenrats des Reichstags die Bestimmung der Reichsverfassung dahin ausgelegt, dass sich der Reichstag vertagt hat und nur er selbst, also eine Mehrheit des Ältestenrats, gegenwärtig seine Einberufung fordern kann. Was für das Reich gilt, sollte u.E. auf Grund der ähnlichen Bestimmung der Preussischen Verfassung auch für den Landtag gelten.

SPD. Paris, 25. August (Eig. Drahtb.)

Die cubanische Gesandtschaft in Paris hat am Dienstag von ihrer Regierung ein Telegramm erhalten, nach dem der Aufstand in Cuba beendet und die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt ist.

SPD. Madrid, 25. August (Eig. Drahtb.)

Der spanische Aussenminister Lerroux hielt in Valladolid vor 15 000 Personen eine hochpolitische Rede, in der er die Verbreiterung der bisherigen Regierungsbasis als notwendig bezeichnete. Die Rede wird hier allgemein dahin ausgelegt, dass die Regierung nach der Rückkehr des Aussenministers von der Völkerbundstagung in Genf unter Führung von Lerroux neu gebildet wird. Lerroux wird in der Öffentlichkeit immer mehr als der kommende Mann betrachtet.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Als alles Welt

Der Schatz auf dem Meeresgrund.

Gold- und Silber im Ozean - Der Kampf um den Dampfer "Egypt" - Ein Sieg der Technik.

SPD. London, 24. August (Eig. Ber.)

Wenige Tage, nachdem es einem deutschen Unternehmen gelungen ist, an der französischen Küste das Wrack des Unglücksschiffes "St. Philibert" zu heben und zu bergen, waren in der Nähe der Katastrophenstelle, 22 Seemeilen nordwestlich der bretonischen Küste und nicht weit vom Kap Finisterre entfernt, andere Rettungsmannschaften bei einer ähnlichen Aufgabe gleichfalls mit Erfolg tätig. Den Tauchern des italienischen Rettungsschiffes "Artiglio" gelang es, das Schatzgewölbe des hier vor neun Jahren gesunkenen englischen Dampfers "Egypt" zu sprengen und mit der Bergung des Goldschatzes, der bisher in diesem Dampfer verschlossen war, zu beginnen.

Das Unglück des 20. Mai 1922.

Der Dampfer "Egypt", der der englischen Peninsular-Gesellschaft gehörte, wurde auf der Fahrt von London nach Bombay am 20. Mai 1922 abends um 7 Uhr im Nebel von dem französischen Lastschiff "Seine" in der Nähe der am Kanalausgang gelegenen Insel Sein gerammt. Die "Egypt" sank innerhalb weniger Minuten. Von den 334 Passagieren konnten nur 230 gerettet werden. Im Jahre darauf versuchte eine norwegische Firma und dann 1926 ein französisches Unternehmen, das Wrack zu heben, beide Male vergebens. Erst 1930 erzielte man einen teilweisen Erfolg, als der Kapitän des Dampfers "Seine", der das Unglück verschuldet hatte, zu Rate gezogen wurde und mit seinem Kartenmaterial die genaue Stelle angab, an der der verhängnisvolle Zusammenstoß erfolgt war. Eine italienische Gesellschaft, die Società Sorino aus Genua, übernahm die Bergungsarbeiten. Einige deutsche Taucher leisteten, mit den modernsten Ganzstahl-Apparaten versehen, wichtige Hilfsdienste. Die zu den Hilfszwecken benutzten italienischen Schiffe heißen "Rostro" und "Artiglio". Auf dem "Artiglio" ereignete sich voriges Jahr eine folgenschwere Explosion, die zwölf italienischen Matrosen das Leben kostete. Nun hat die "Artiglio" doch noch Glück gehabt.

44 Millionen Mark!

An Bord der "Egypt" befanden sich 839 000 Pfund Sterling in Banknoten, ein Wert von 250 000 Pfund in Goldbarren und in Silberbarren etwa eine Million Pfund, zusammen also die Riesensumme von etwa 44 Millionen Mark! Diese Beträge waren sämtlich in einer luftdicht verschlossenen Stahlkammer untergebracht, die mitten in das Schiff, ziemlich weit unter Deck, eingebaut ist. Im September 1930 gelang es den Italienern und den deutschen Tauchern, den Geldschrank der Kapitänskabine trotz seines Gewichtes von 200 Kilo an die Meeresoberfläche zu bringen und auf das Schiff "Artiglio" zu befördern.

Akten, Dokumente und - Schlüssel...

Die Freude, von der dieses Ereignis begleitet wurde, erwies sich als verfrüht. Der Geldschrank enthielt nur diplomatische Geheimakten und Dokumente für den britischen Vizekönig, ferner Schecks und mehrere Schlüssel, deren Besitz jedoch jetzt von grossem Wert sein wird. Um den Millionenschatz zu heben, musste man bis in das tiefste Innere des gesunkenen Schiffes eindringen, verschiedene Türen aufbrechen oder mit den gefundenen Schlüsseln aufschliessen und endlich die Stahlkammer öffnen. Den ganzen vorigen Sommer war man mit Vorarbeiten beschäftigt, aber bis an den Tresor heranzugelangen glückte damals noch nicht. Die Arbeiten fanden unter der ständigen Kontrolle des britischen Admirals Stephen...

son statt, weil das Geld auf dem Meeresgrund dem englischen Staat gehört. Das Aufsichtspersonal liess die Rettungsmannschaften nicht eine Minute aus den Augen. Selbst des nachts wurde die Lagerstelle des Wracks beobachtet, um eventuellen "Piraten" schon im voraus die Lust zu vertreiben, den Bauch des Schiffes heimlich auf seine Schätze zu untersuchen.

Der Erfolg.

Im Oktober 1930 wurden die Arbeiten als vorläufig erfolglos abgebrochen. Das Schiff "Rostro" blieb in der Nähe zur Bewachung zurück, während die "Artiglio" mit ihren Tauchern sich anderen Arbeiten, der Hebung im Kriege versenkter Schiffe, zuwandte. Bei den Arbeiten an dem gesunkenen Dampfer "Florence" ereignete sich dann die schon erwähnte Explosion. Seit Mai des Jahres 1931 haben die Sucharbeiten am Wrack der "Egypt" von neuem begonnen. Jetzt sind sie endlich von Erfolg gekrönt worden.

+ + +
Neue Nernst-Erfindung. Am Dienstag nachmittag wurde in Berlin einem Kreis von Pressevertretern eine neue Musikinstrument-Konstruktion, deren endgültiger Name noch nicht feststeht, vorgeführt: der Bechstein-Siemens-Nernst-Flügel, eine neuartige Kombination von Flügel, Radio und Grammophon, die von der Firma Bechstein mit Unterstützung einiger Ingenieure der Firma Siemens unter Anleitung des Physikers Professor Nernst hergestellt worden ist. Die Spezialität des neuen Instrumentes ist zunächst die Vereinigung von Klavier, Radio und Sprechmaschine. Aeusserlich ähnelt das 1.40 m lange Instrument dem üblichen kleinen Flügel. Im Zusammenhang mit ihm steht ein Lautsprecher, der den elektrisch verstärkten Ton wiedergibt. Der Ton wird nicht, wie das bisher üblich war, durch den Resonanzboden erzeugt, sondern auf elektrischem Wege. Die Saiten werden durch Mikrohämmer in Schwingungen versetzt; je fünf Saiten vereinigen sich unter einem elektromagnetischen Mikrophon, wodurch die Schwingungen elektrifiziert und dem Verstärker zugeleitet werden. Durch das linke Pedal kann die Tonstärke vom zartesten bisher auf einem modernen Instrument nicht herstellbaren Spinetton bis zum vollen starken Konzertflügelton geregelt werden.

Professor Nernst führte in einigen einleitenden Worten u. a. aus: jeder kann genau die Musik haben, die er sich wünscht. Die Schwingungsdauer des Tones ist dreimal so lang wie beim Flügel alter Konstruktion. In den Elektroflügel selbst ist ein Radioempfangsapparat eingebaut; ausserdem befindet sich im Lautsprecher ein mit elektromagnetischem Tonabnehmer versehenes elektrisches Plattenlaufwerk. Die einzelnen Teile können durch entsprechende Schaltung in Betrieb gesetzt werden.

Es war ein eigenartiger Moment, als das Instrument sich durch eine den Zuhörern unsichtbare Platte selbstsprechend vorstellte: "Hiermit stelle ich mich Ihnen vor: Mein Vater ist der Physiker Wilhelm Nernst..." Das Instrument, das billiger als die alten Flügel sein soll, kann an jedes Stromnetz angeschlossen werden. Bei den praktischen Vorführungen - unter anderem wurde Bach gespielt - ergaben sich wundervolle Klangwirkungen. Es ist denkbar, dass durch das neue Kombinations-Instrument nicht nur die Pflege der Hausmusik tatkräftig unterstützt werden wird, sondern dass sich auch Kaffeehäuser und Kinos seiner zahlreichen künstlerischen Möglichkeiten bedienen werden.

+ + +
Protest gegen Verbrecherunwesen. In einer grossen New Yorker öffentlichen Versammlung, an der 25 000 Personen teilnahmen, wurde gegen unzureichende Polizeimassnahmen im Kampfe gegen das New Yorker Verbrecherunwesen protestiert. Unter den Rednern war der frühere Staatssekretär Colby. Kurz nach Schluss der Versammlung veranstaltete die Polizei eine grosse Unterwelt-Razzia. Ueber 200 Personen wurden festgenommen.

+ + +

50 000 Mark-Gewinn. Auf das Los Nr. 285 877 wurden in der Dienstag-Ziehung der preussisch-süddeutschen Klassenlotterie 50 000 Mark gezogen. Das Los, das in ganzen Stücken gespielt wird, fällt in der ersten Abteilung nach Berlin in der zweiten nach Schleswig-Holstein.

Stendahls Geburtshaus zerstört. In Grenoble wurde bei einem Gewitter das Geburtshaus des französischen Dichters Stendahl durch Blitzschlag zerstört.

13 Deutsche aufgeessen? Der aus Neu-Guinea nach Stockholm zurückgekehrt schwedische Konsul Lindahl teilte mit, dass vor einigen Wochen im Innern von Neu-Guinea ein deutscher Minenbesitzer namens Baum und 12 seiner Begleiter von Kannibalen aus dem Hinterhalt überfallen, mit Keulen erschlagen und verzehrt worden seien. Gegen die Eingeborenen sei eine Strafexpedition entsandt worden.

Schweizer Krebsstatistik. Das Schweizerische Gesundheitsamt hat festgestellt, dass jeder fünfte Schweizer an Krebs oder Tuberkulose stirbt. Die Krebssterblichkeit soll die Tuberkulosesterblichkeit noch übersteigen. In den Städten sollen Krebserkrankungen häufiger sein als auf dem Lande.

Geisteskranker Mörder. Auf dem belgisch-französischen Grenzbahnhof Comines wurde ein Eisenbahnbeamter von einem irrsinnig gewordenen Schlächter erschossen. Ein Zollbeamter erlitt schwere Verletzungen. Erst nach hartem Kampf gelang es, den Wahnsinnigen zu überwältigen.

Banditenüberfall. Zwischen Viaregio und dem Cisapass (Oberitalien) überfielen drei maskierte und bewaffnete Banditen ein mit einer holländischen Familie besetztes Auto und beraubten die Insassen ihrer Schmucksachen und ihrer Barschaft von 2 000 Gulden. Nach kurzer Zeit gelang es, zwei der Verbrecher festzunehmen. Das geraubte Gut konnte zum grössten Teil sichergestellt werden.

"Nautilus" hat Pech. Vom Wilkins Polar U-Boot "Nautilus" sind Funksprüche angewiesen, nach denen das U-Boot wieder Maschinenschaden hat. Ausserdem scheinen die Batterie und die Steuerung beschädigt und das Tiefenruder abgerissen zu sein. Wahrscheinlich wird das U-Boot das Packeisgebiet wieder verlassen um besseres Wetter abzuwarten.

7 Opfer der See. Ein Fischdampfer aus La Rochelle (Französische Westküste) der auf hoher See ein Leck erhalten hatte und von einem anderen Dampfer ins Schlepptau genommen worden war, ging unerwartet unter. Die Besatzung von sieben Mann fand den Tod in den Wellen.

Reins in Berlin. Am Dienstag abend traf der seinerzeit in Genua verhaftete Berliner Geldbriefträgermörder Reins mit einem Gefangenen-Sammeltransport in Berlin ein. Er wurde nach Moabit überführt.

21jährige Rechtsanwältin. Der jüngste weibliche Rechtsanwalt der Vereinigten Staaten von Amerika, die 21jährige Harrie Rothschild-Cotton, hat in Tampa (Florida) den ersten Prozess geführt und gewonnen. Das junge Mädchen ist eine Tochter deutscher Eltern. Ihr Vater stammt aus Simmern im Hunsrück.

30 Missionare entführt. Der chinesische Banditenhüptling Liukwei Tang hat 30 amerikanische Missionare entführt, die er nur gegen hohes Lösegeld freilassen will. Chinesisches Militär ist unterwegs, um die Entführten gewaltsam zu befreien.



Gewerkschaftliche Rundschau

Film und Gewerkschaft.

Ein Jugendfilm des Fabrikarbeiter-Verbandes.

SPD. Die Skepsis, die lange in manchen Kreisen der Gewerkschaften gegen den Film als Propagandamittel der Organisationen bestand, ist überwunden. Nach den ersten Tastversuchen sind von den Gewerkschaften bereits eine Reihe wertvoller Propagandafilme herausgebracht worden und heute ist der Film auf dem besten Wege, sich die ihm gebührende Stellung in der Propaganda der Arbeiterbewegung zu erobern. Besonders aktiv ist der Verband der Fabrikarbeiter. Im vorigen Jahr brachte er seinen ausserordentlich geschickt gedrehten Film "Aufstieg" heraus, der inzwischen viele hunderte von Vorführungen erlebt hat und schon wartet dieser Grossverband, der rund 500 000 Mitglieder umfasst, mit einem neuen Film auf. Diesmal ist es ein Jugendfilm. Er führt den Titel "Freundschaft" als Symbol des Geistes, der die Fabrikarbeiter-Jugendgruppen beherrscht. Die Uraufführung fand bei Gelegenheit des Gau-Jugendtreffens des Gaus I Hannover des Fabrikarbeiter-Verbandes in Detmold statt.

Der Film "Freundschaft" ist nicht von irgend einer Filmgesellschaft gedreht. Er bringt - von einer einzigen Ausnahme abgesehen - auch keine gestellten Bilder. Der Gauleiter Scheinhardt zog mit seiner Kamera von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf und fing ein Stück Wirklichkeit nach dem andern auf seine Bildstreifen ein. Das aber gerade ist das Wertvolle an diesem Jugendfilm, dass er, ohne irgendwie sentimental zu werden, graue Bilder des Alltags aus dem Leben der proletarischen Jugend aneinanderreiht, die in ihrer Lebenswahrheit, in ihrer Unmittelbarkeit weit stärkere Wirkungen erzielen, als ein gestellter Spielfilm.

Wo kommen wir her? fragt der Film zu Beginn. Und dann durchstreifen wir die engen Gassen der Grosstädte, die düsteren Hinterhöfe der Mietskasernen, Blicke schweifen über das Dächergewirr der Arbeitervorstädte, die Kamera klettert an grauen Häusermauern bis zum fünften Stock hinauf, sie führt uns hinaus in die elenden Hütten des Landproletariats, von wo ein grosser Teil der Fabrikarbeiterjugend in die Fabriken strömt.

All diese kurzen Bildausschnitte, die den Erlebniskreis des Arbeiterkindes wiedergeben, sprechen eine beredtere Sprache als stundenlange Vorträge über die soziale und seelische Not des Arbeiterkindes. Erhöht wird die Wirkung noch durch geschickten Bildausschnitt, vorzügliche Aufnahme und sicheren Blick für das Wesentliche. Scheinhardt versteht es, dem grauen Einerlei des sozialen Seins im Leben der Arbeiterkinder durch die Auswahl seiner Aufnahmeprojekte Leben zu geben. Nichts Ermüdendes, nichts Langweiliges ist in diesem Film, der selbst in diesen Alltagsbildern noch Blick für das Schöne verrät.

Nicht nur beim Spiel auf engen Höfen sehen wir die Kinder des Proletariats. Viele von ihnen müssen schon in frühester Jugend mithelfen, Geld zu verdienen. Hier tragen sie Zeitungen aus, dort Milch; beim Viehhüten und bei der Feldarbeit sehen wir die Arbeiterkinder und auch als Essen-Träger laufen sie mit dem "Henkelmann" zur Fabrik. Prächtige Jugensgesichter sind da auf die Leinwand gezaubert, die sich trotz aller Enge, trotz Mühsal und erstickter Kinderfreude nicht unterkriegen lassen.

Weiter geht der Weg der Proletarier-Jugend, deren Jungsein gar frühzeitig

erstickt im Staub und Qualm des Alltags. Die Burschen und Mädels sind der Schule entwachsen. Hoch ragt ein riesenhafter Fabrikschornstein in den grauen Himmel. Wir begleiten die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen in die Fabrik=säle. Arbeitsbilder steigen auf. Junge Menschen, getrieben vom Tempo der Maschine sehen wir in der Glasfabrik, auf der Ziegelei, in einer modernen Gummi=reifenfabrik usw. und nach Feierabend im Gespräch.

Jetzt setzt die werbende Kraft des Films ein. Vor der Fabrik erzählen junge Arbeiter ihren Kollegen von der Jugendgruppe des Fabrikarbeiter=Verbandes "Komm mit zu uns!" Und ein paar gehen mit und erleben nun frohe Stunden mit der Jugendgruppe. Bilder von Wanderungen durch Wald und Feld, Sport und Spiel und eine Jugendversammlung ziehen an uns vorüber. In der Versammlung werden die gewerkschaftlichen Jugendforderungen erhoben.

Bessere Gestaltung der Arbeitslöhne, die Vierzigstundenwoche mit dem arbeitsfreien Sonnabend, zusammenhängenden Urlaub von mindestens drei Wochen für Jugendliche unter Zahlung des Tariflohns und schliesslich Schulbesuch während der Arbeitszeit.

Bilder von einem Jugendtreffen werden noch gezeigt und man erfährt, dass der Fabrikarbeiterverband bereits 21 000 Jugendliche in seinen Jugendgruppen erfasst hat. Ein Kampfgelöbnis der Kameradschaft und der Treue zum Verband schliesst sich an und als Abschluss zeigt ein Trickfilm, wie die Jugend weiter= baut, was die Alten begonnen. Hoch auf dem Dach des Verbandshauses flattert die rote Fahne als Symbol des Kampfes der Gewerkschaften.

Der Jugendfilm des Fabrikarbeiterverbandes, der bei seiner Uraufführung mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, ist eine vorbildliche Arbeit und wird den übrigen Verbänden manchen Fingerzeig dafür geben, wie der Film wirk=sam in den Dienst der Gewerkschaften gestellt werden kann.

Felix Fechenbach.

SPD. Die im AFA-Bund zusammengeschlossenen Angestelltenverbände (Z.d.A. „Butab, D.W.V.) haben in einer Eingabe an den Reichskanzler nochmals eindringlich eine Abänderung der Notverordnung vom 5. Juni 1931 gefordert. Sie führen den Nachweis, dass die Behördenangestellten unter Berücksichtigung der Sozial= versicherungsbeiträge (von denen die Beamten befreit sind) und der Kürzung der Kriegsrenten Einbussen am Gehalt erleiden, die sich zwischen 20 und 30% bewegen. Den Behördenangestellten sei durch die Gleichstellung mit den Beamten bei der Gehaltskürzung ein schweres Unrecht geschehen. Dieses Unrecht könne dadurch wieder gutgemacht werden, dass man auf die Behördenangestellten nicht die Gehaltskürzungsbestimmungen, sondern die Krisensteuerbestimmungen der Notverordnung anwendet.

Die AFA-Verbände erwarten von der Reichsregierung, dass sie den Behörden= angestellten Gerechtigkeit widerfahren lässt und die Notverordnung entsprechend abändert.

SPD. Der Verbandstag der Lithographen und Steindrucker, der dieser Tage in Erfurt stattfand, - über das einmütige Vertrauensvotum für den Verbands= vorstand, das im Anschluss an den Geschäftsbericht der Verbandsvorsitzende Hass angenommen wurde, haben wir bereits berichtet - nahm einen guten Verlauf. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass für Arbeiterschädlinge, wie sie in der RGO das grosse Wort führen, in den Reihen der freiorganisierten Lithographen und Steindrucker kein Raum ist.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind naturgemäss an der Organisation nicht spurlos vorübergegangen. Dem Verbandstag fiel daher die Aufgabe zu, Sat= zungsänderungen vorzunehmen. Die notwendigen Beschlüsse wurden in voller Ein=

mütigkeit gefasst - ein Zeichen, dass der Kollegenschaft der Verband in erster Linie eine Kampforganisation ist und für sie der Unterstützungsgedanke nur sekundäre Bedeutung hat. Die finanzielle Schwächung des Verbandes, die durch die Krise und die Sonderaktion für die ausgesteuerten Kollegen im vorigen Jahr eintrat, soll durch die Erfurter Beschlüsse ausgeglichen werden. Die Geschlossenheit, die bei der Abstimmung auch in dieser Frage zutage trat, ist der beste Beweis für die Disziplin und das Solidaritätsempfinden der Mitglieder.

Bei der Erörterung der Tarifprobleme wurde vom Verbandstag mit aller Deutlichkeit herausgestellt, dass die Lohnpolitik der deutschen Unternehmer die Krise nicht erleichtert hat. Der Verbandstag war sich einig in der Auffassung, dass mit dem Lohnabbau zum Zweck der Krisenbekämpfung nun wirklich Schluss gemacht werden muss.

Auch im Gewerbe der Lithographen und Steindrucker blieb die Technik nicht stehen. In der Chemiographie wie auch im Flachdruck sind wichtige Neuerungen eingetreten, und neuerdings sind Anzeichen einer Entwicklung sichtbar geworden, die sich arbeitsmarktpolitisch ungünstig auswirken dürften. Wie Herbst in seinem Referat über die Rationalisierung hervorhob, haben die technischen Fortschritte in einigen Berufen des Lithographie- und Steindruckgewerbes bereits zu strukturellen Aenderungen geführt. Die Lage ist kritisch; denn es sind im Gewerbe augenblicklich mehr Arbeitslose vorhanden, als freie Arbeitsplätze. Der Verbandstag forderte daher neben einer Beschränkung der Lehrlingszahl eine durchgreifende Arbeitszeitverkürzung.

Die Disziplin und die Solidarität, die dem Verbandstag sein Gesicht gaben, traten nicht zuletzt auch bei den Verbandswahlen in Erscheinung. Sämtliche bisherigen Verbandsangestellten wurden einmütig wiedergewählt. Ein schöner Beweis für das Vertrauen, das die Mitgliedschaft in die Verbandskörperschaften setzt und eine starke Verpflichtung für die Führer, mit äusserster Kraftanstrengung zum Wohl der Organisation tätig zu sein.

SPD. In der Metallindustrie von Roubaix ist auf der Basis des Lohnsenkungsvorschlags Lavals, der seinerzeit dem Textilstreik ein Ende machte, eine Vereinbarung getroffen worden. Danach wird den Arbeitern der 4 Prozent vom Lohn betragende Beitrag zur Sozialversicherung nicht mehr ausgezahlt. Sie erhalten dafür eine Lohnerhöhung von 1 Prozent.

SPD. Das Reichsverkehrsministerium hat den Manteltarif und den Lohntarifvertrag für die Wasserbauarbeiter unter Hinweis auf die Notverordnung gekündigt. Der Zweck der Kündigung ist natürlich materielle Schlechterstellung der Wasserbauarbeiter in den Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auch die Kündigung des Manteltarifs erfolgt ausdrücklich unter Berufung auf die finanzielle Lage des Reiches.

Für die Wasserbauarbeiter Preussens haben die zuständigen Ressorts, soweit wir unterrichtet sind, die Tarifverträge noch nicht gekündigt. -

Sind die Kündigungen wirklich notwendig? Können die angeblich infolge der Notverordnung unvermeidlichen Aenderungen nicht auch ohne Kündigung durch Verhandlungen mit den Organisationen in halbwegs erträglicher Form vorgenommen werden? Muss die Oeffentlichkeit immer von neuem in Unruhe gestürzt werden? Die Zunahme der Arbeitslosigkeit fördert doch bereits zur Genüge die Beunruhigung. Genügt diese Beunruhigung den massgebenden Stellen noch nicht?



Ende der Schielehausse.

Die Bevölkerung kann teuren Weizen nicht kaufen.

SPD. Nachdem man einige Tage hindurch nicht recht wusste, was an den Getreidebörsen werden wollte, sind die Preise am Dienstag sehr stark gefallen. In Mitleidenschaft ist besonders der Weizenpreis gezogen worden. Mit Recht sagt man, dass diese Entwicklung den Zusammenbruch der Schieleschen Preistreiberprojekte bedeutet. Mit Exporthoffnungen ist es dem Reichsernährungsminister wohl gelungen, in den letzten Wochen die Preise nach oben zu peitschen. Ohne Zweifel hat auch die Landwirtschaft mit dem Angebot stark zurückgehalten. Der Bewegung aber fehlte das Fundament, die gesunde Finanzierung. So kam es, wie es kommen musste. Wir stehen wahrscheinlich am Ende der Schielehausse.

Der am Dienstag erfolgte Weizenpreissturz an der Berliner Börse ist darin begründet, dass die Weizenzufuhren aus allen Teilen Deutschlands sehr stark geworden ist. Die Landwirtschaft drängt auf Verkauf. Andererseits zeigen die Mühlen wenig Kauflust; insbesondere fallen die rheinischen Mühlen aus. Kein Wunder, weil das Weizenmehlgeschäft schon seit Wochen so gut wie tot ist. In solchen Zeiten kommen Lust und Neigung zur Legendenbildung. So hat man an der Berliner Getreidebörse den Konsumentenstreik erfunden. Man sagt, dem Konsumenten sei es allmählich klar geworden, dass der Weizen in Deutschland drei Mal so viel kostet als im Auslande. Daraus zöge er den Schluss. Er esse keinen Kuchen mehr und behelfe sich mit anderen Dingen. Daran ist wahr, dass sich die Konsumenten mit anderen Dingen behelfen - müssen. Es liegt hier kein Konsumentenstreik vor, sondern die einfache Tatsache, dass der Weizenpreis in Deutschland übertrieben hoch gehalten wird und in keinem Verhältnis mehr zum Einkommen steht. Man kann sich Weizen eben nicht mehr leisten. Diese Tatsache der verringerten Konsumkraft erschlägt den Mehlmarkt und ist der ausschlaggebende Grund für den Sturz des Weizenpreises. Darüber muss sich auch der Reichsernährungsminister klar werden. Es wachsen eben keine Bäume in den Himmel.

Dazu kommen andere Dinge, vor allem die ludrige Finanzierung der Schieleschen Projekte. Eine zeitlang war ja die von Schiele entfachte Hausse eine regelrechte Exporthausse. Viele gingen in ein spekulatives Weizengeschäft hinein, weil sie vom Export deutschen Weizens recht erhebliche Gewinne erhofften. Nun hat sich gezeigt, dass man im Ausland absolut nicht auf deutschen Weizen wartet. Auf den Weltmärkten ist auch die Nachfrage nach Weizen immer noch geringer als das Angebot. Bei den nordamerikanischen Ueberschüssen und bei den guten Ernten in Europa wird sich das auch so bald nicht ändern. Die Aussichten auf den Weltgetreidemarkten sind also für deutschen Weizen mehr pessimistisch als optimistisch. Weiter kann man die Exportscheine, die man beim Export von Weizen jetzt erhält, erst etwa in einem halben Jahre zu Geld machen. Die wünschenswerte sofortige Verwendung dieses Exportscheines ist nicht möglich. Hingegen kann man diese Scheine bei einem so hohen Diskontsatz, wie wir ihn in Deutschland haben, nicht. Wenn der Reichsernährungsminister geglaubt hat, man würde sich nach diesen Scheinen reißen, so irrt er sich ganz gewaltig. Das heisst, die Exportprämie kann nicht gezahlt werden.

Die ganze Entwicklung offenbart die Dürftigkeit der Schieleschen Pläne.

Der Markt hat darauf mit einem starken Preissturz geantwortet und man kann Herrn Schiele bescheinigen, dass er die deutsche Landwirtschaft wieder in die furchtbare Zeit der Getreidepreisschwankungen zurückgeführt hat, von denen nicht die Landwirtschaft und auch nicht die Konsumenten Nutzen ziehen, wohl aber der spekulative Handel.

SPD. Aus Kreisen des Baugewerksbundes wird uns zu dem Plan der Hausbesitzerorganisationen (Humarplan), die Hauszinssteuer durch eine Rente abzulösen, u.a. folgendes geschrieben:

Während die Hauszinssteuer bisher 1 600 Millionen Mark pro Jahr erbracht und auch im gegenwärtigen Krisenjahr noch etwa 1 350 Millionen Mark erbringen wird, sollen in Zukunft nur noch 300 Millionen Mark aufgebracht werden. Da von dem bisherigen Aufkommen schon 800 Millionen Mark für den Finanzbedarf der Länder und Gemeinden vorbestimmt waren, würde nach der verlangten Regelung für den Wohnungsbau überhaupt nichts übrig bleiben. Was man bisher auf dem Wohnungsmarkt einigermaßen in Ordnung gebracht hatte, würde wieder zerstört werden. Man würde das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt so ungünstig gestalten, dass es sich in hohen Mieten auswirken müsste. Man würde das Wohnungselend ins Unermessliche steigern. Ebenso schlimm sind die Folgen für den Arbeitsmarkt. Das Baugewerbe ist eine Schlüsselindustrie. Von ihm gehen belebende Wirkungen auf die ganze Wirtschaft aus. Man muss sich darüber klar sein, dass die Gesamtwirtschaft nur durch Einschaltung des Baumarcktes angekurbelt werden kann. Nun liegt das Baugewerbe schon jetzt völlig danieder. Ende Juli war mehr als die Hälfte der Mitglieder des Baugewerksbundes arbeitslos, während normal höchstens 5 bis 6 Prozent arbeitslos sein dürften. Im ersten Halbjahr 1931 wurden nur halb so viel Bauten erstellt wie in derselben Zeit des vergangenen Jahres, das schon gegenüber dem Jahre 1929 einen erheblichen Ausfall hatte. An der so misslichen Entwicklung des Baumarcktes in diesem Jahr ist besonders die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 schuld, die aus dem Wohnungsbauanteil der Hauszinssteuer 400 Millionen Mark für Steuersenkungen zugunsten der Hausbesitzer abzweigte. Die Hoffnung aber, die die Regierung damals mit diesem Steuergeschenk verband, ist schmählich getäuscht worden. Das sollte eine Warnung sein, ein nachweislich verfehltes Experiment in noch grösserem Rahmen zu wiederholen. Auch die Geduld des Volkes kennt eine Grenze.

SPD. Die Reichsbank hat in der dritten Augustwoche die 4%ige Deckungsgrenze wieder erreicht. Die Deckung durch Gold und Deckungsdevisen wird mit 41,5 Prozent angegeben gegen 39,7 Prozent in der Vorwoche.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 3,2 Millionen Mark auf 1679,6 Millionen Mark verringert, wobei allerdings bemerkt wird, dass sich die Bestände der Bank an Auslandswechseln gleichzeitig um 15,1 Millionen Mark erhöhten. Im einzelnen haben die Goldbestände um 77 000 Mark auf 1365,9 Millionen Mark zugenommen, die Bestände an Deckungsdevisen um 3,3 Millionen Mark auf 313,8 Millionen Mark abgenommen.

Der von der Reichsbank gewährte Kredit verringerte sich um 153,3 Millionen Mark auf 3153,6 Millionen Mark. Die Verringerung fällt durchweg auf die Abnahme bei den Beständen an Handelswechseln. Sie gingen um 152,5 Millionen Mark auf 2951,5 Millionen Mark zurück. Der Lombardkredit verringerte sich um 700 000 Mark auf 99,1 Millionen Mark.

Der Notenumlauf hat in weit grösserem Umfang abgenommen und zwar sind 193 Millionen Mark an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zurückgeflossen.

Demit senkte sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 187,5 Millionen Mark auf 4049,8 Millionen Mark und der Umlauf an Rentenbankscheinen um 5,5 Millionen Mark auf 397,8 Millionen Mark.

SPD. Am 1. September tritt der Herbstflugplan der Deutschen Luft Hansa in Kraft. Trotz der durch die Jahreszeit gebotenen Einschränkung vermittelt die Luft Hansa ab 1. September den Verkehr nach 26 ausländischen Grosstädten; gleichzeitig behalten 39 deutsche Städte Anschluss an das internationale europäische Luftverkehrsnetz. Neben 41 Strecken mit Passagierbeförderung werden noch fünf Spezialstrecken im Post- und Güterschnellverkehr nach England, Holland, Skandinavien und den Balkanländern aufrecht erhalten.

Auf den Strecken Berlin-Köln-Paris sowie Berlin-Königsberg-Moskau bzw. Leningrad wird der Sonntagsflugdienst bis Ende September durchgeführt. Als besonders wertvoll erweist sich in den kommenden Monaten die Nachtbefahrung auf den grossen internationalen Linien Berlin-London und Berlin-Paris, da man bei der Flugplangestaltung für diese Strecken auf die Verkürzung der Tagesspanne keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht.

Die bereits im Sommer gegenüber dem Vorjahre erheblich verbilligten Tarife bleiben weiterhin in Kraft, sodass in vielen Fällen die Reise mit dem Flugzeug kaum noch wesentlich teurer als eine Eisenbahnfahrt II. Klasse ist. Die zu Beginn des Jahres eingeleitete Senkung der Personentarife hat in den ersten sieben Monaten trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise erfreulicherweise die Passagierzahl gegenüber dem Vorjahr um rund 8% gesteigert. Ab 1. September werden für einige Linien die Flugpreise erneut ermässigt: z.B. Berlin-Wien (Expresstrecke) 82 Mk. gegen bisher 105 Mk., Berlin-Prag 42 Mk. (55.-), Dresden-Berlin 22 Mk. (30.-), Dresden-Wien 60 Mk. (75.-), Berlin-Hamburg 32 Mk. (38.-), Stuttgart-Freiburg 20 Mk. (22.-).

SPD. Die nach Beendigung der französischen Inflation eingeleitete Tilgung der französischen Staatsschulden macht starke Fortschritte.

Zum Zwecke der Schuldenabtragung hatte die Regierung Poincaré eine autonome Tilgungskasse für die öffentlichen Schulden geschaffen, die zugleich das Tabakmonopol in Frankreich verwaltet. Die Tilgungskasse hat nach dem vorliegenden Geschäftsbericht im Jahre 1930 Rententitel im Nominalbetrag von 3 945 Millionen Francs zurückgekauft. Es handelt sich dabei vor allem um in New York und London zur Zeichnung auferlegte Renten mit hohen Zinssätzen, durch deren Rückkauf die Zinslasten des Staatsbudgets verringert werden. Ausserdem sind 725 Millionen Francs Schulden der Kasse selbst, in der Hauptsache nationale Verteidigungsbonds und Schatzbonds, getilgt worden. Die der Kasse aus dem Staatsbudget zufließenden Einnahmen sind zwar im vorigen Jahre aufgrund einiger Steuerermässigungen geringer geworden; aber dieser Ausfall ist durch die Erhöhung der Einnahmen aus dem Tabakmonopol (4 541 Millionen gegen 4 417 Millionen Francs im Jahre 1929) und durch die Herabsetzung des Zinssatzes für die nationalen Verteidigungsbonds ausgeglichen worden. Ferner sind der Kasse bedeutende Einnahmen aus Budgetüberschüssen und aus der Mobilisierung der ersten Tranche der von Deutschland aufgrund des Youngplans zu zahlenden ungeschützten Annuität zugeflossen. Mit diesen Mitteln soll die vertragliche Schuld, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und andere Zwecke vom Staat übernommen worden ist, allmählich zurückgezahlt werden. Die für diese Zurückzahlungen verfügbaren Mittel haben am Ende 1930 rund 8 Milliarden Francs betragen und sind in den ersten Monaten des laufenden Jahres noch bedeutend angewachsen.

Ende der Schielehausse?

(Berliner Getreidebörse vom 25. August.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse kam am Dienstag eine ausserordentlich schwache Tendenz für Weizen zum Durchbruch. Das Angebot an Weizen hat sich aus allen Teilen des Reiches stark vermehrt. Da auf der andern Seite nur geringe Kauflust vorhanden war, mussten die Preise stark zurückgehen. Im Handel mit effektiver Ware machten sich Abschwächungen von 5 bis 6 Mark bemerkbar, während im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft die Notierungen gleichfalls um 4 bis 5 Mark herabgesetzt wurden. Roggen war nicht so reichlich angeboten und hatte bessere Nachfrage. Die Stimmung wurde aber von der Weizentendenz mit beeinflusst, sodass sich auch hier im Handel mit prompter Ware Abschlüsse ergaben, während sich am Markte der Zeitgeschäfte die Notierungen ziemlich behaupten konnten. Am Mehlmarkt hatte Roggenmehl ruhiges Konsumgeschäft. Weizenmehl fand keine Käufer, obwohl die Mühlen ihre Forderungen um 50 bis 75 Pfennig herabgesetzt hatten. Für Hafer war die Stimmung ruhig. Bei reichlichem Angebot mussten die Preise nachgeben.

	24. August	25. August
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	218 - 220	211 - 213
Roggen	167 - 169	163 - 165
Neue Wintergerste	152 - 162	152 - 162
Hafer	143 - 152	140 - 148
Weizenmehl	27,00 - 33,25	26,75 - 33,00
Roggenmehl	23,75 - 26,25	23,50 - 26,00
Weizenkleie	11,75 - 12,25	11,75 - 12,25
Roggenkleie	10,25 - 10,75	10,10 - 10,60
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 221 - 220 $\frac{1}{2}$ (Vor-		
tag 225), Oktober 220 - 219 (223), Dezember 219 - 218 $\frac{1}{2}$ (223 $\frac{1}{2}$), Roggen Septem-		
ber 143 plus Geld (144), Oktober 144- 145 (144 $\frac{1}{2}$), Dezember 144 $\frac{1}{2}$ -146 $\frac{1}{2}$ (145 $\frac{1}{2}$)		

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) RM	0,45 - 0,60
" " Weizenstroh RM	0,35 - 0,50
" " Haferstroh RM	0,35 - 0,50
" " Gerstenstroh RM	0,35 - 0,50
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt RM	0,50 - 0,65
Bindfadengepresstes Roggenstroh RM	0,35 - 0,55
" " Weizenstroh RM	0,35 - 0,45
Häcksel RM	1,25 - 1,35
		Tendenz stetig.
Handelsübliches Heu, gesund und trocken RM	1,25 - 1,55
Gutes Heu, gesund und trocken RM	1,75 - 2,20
Thymothee, lose RM	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose RM	2,15 - 2,45
Mielitz=Heu, lose, rein RM	-
Drahtgepresstes Heu RM	0,30 über Notiz.
		Tendenz stetig.